

A. 1.22

Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel 5.3. „Sozial – ökologische Energieerzeugung und Rohstoffpolitik“)

EinreicherInnen: Kreisverband Nordwestsachsen

Ersetzung der Textpassage 5.3. in den Zeilen 1322 bis 1347:

„Die Versorgung der Wirtschaft und der Haushalte mit Energie ist eine bundespolitische Aufgabe.

Ziel ist es diese Politik auf Landesebene so mitzugestalten, dass im Spannungsfeld von sozialen Auswirkungen, Ökologie und Ökonomie optimale Bedingungen geschaffen werden, die den Zielen einer Linken Politik entsprechen.

Zur Sicherung einer effizienten, sicheren und umweltpolitisch sinnvollen Energiebereitstellung sind deshalb alle Möglichkeiten auf regionaler Ebene auszuloten. Darin eingeschlossen ist die Unterstützung von Forschung und Entwicklung für neue Verfahren der Energiegewinnung bzw. Verbesserung der Effizienz der bisher bekannten Verfahren sowie die Minimierung ihrer ökologischen Auswirkungen.

Der einseitige Ausbau einzelner Energieerzeugungsarten muss vor dem Hintergrund seiner sozial-ökologischen Folgen genauestens bewertet werden. Für die Steigerung der Energieeffizienz ist die Wärme- Kraft-Kopplung weiter auszubauen.

Um die sozial- ökologischen Ziele zu erreichen ist auf einen optimalen Mix dezentraler und zentraler Erzeugungsanlagen zu orientieren. Dabei ist konsequent auf eine ständige Versorgungssicherheit zu achten. Die Subventions- und Steuerpolitik muss den genannten Zielen Rechnung tragen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Belastungen für die Bürger, das derzeitige Maß nicht weiter überschreiten.

Die Senkung des Energieverbrauches durch die Nutzung neuer Technologien in der Industrie ist zu fördern. Die Bemühungen bei der Dämmung von Gebäuden sowie beim Einsatz energiesparender Produkte in den Haushalten und in den öffentlichen Gebäuden sind zu unterstützen.

Sachsen ist ein rohstoffreiches Land. Diese Rohstoffe gilt es sinnvoll im gesamtgesellschaftlichen Rahmen der Bundesrepublik zu nutzen.

Linke Rohstoffpolitik heißt, die Auswirkungen auf betroffene Bürger und Umwelt so gering wie möglich zu halten. Dazu ist ein Abwägungsprozess der Vor- und Nachteile zu führen der dem Schutz Betroffener besonders Rechnung trägt. Die mit der Rohstoffgewinnung einhergehenden Veränderungen der Landschaft haben strengsten ökologischen Auflagen zu folgen.“

Begründung:

Zur Sicherung der Existenz der Menschheit und zur Verminderung der schädlichen Einflüsse auf das Öko – System der Erde ist die Veränderung der Energieversorgung unabdingbare Voraussetzung. Dieser Weg muss zügig, aber im globalen Maßstab, und sozialverträglich sein, soll er zum Ziel führen.

Vor diesem Hintergrund muss das Wahlprogramm auf realistische und für die große Masse der Bürger des Landes verständliche und akzeptable Ziele verweisen.

Akzeptabel heißt dabei sozial – ökologisch, die Folgen auf die Bürger auf ein verträgliches Maß begrenzend.

Ein Wahlprogramm muss, bei aller Kürze, die Fragen komplex beantworten und sollte keine sich widersprechende Positionen enthalten. Ebenso sind einseitige, missverständliche und falsche Aussagen zu vermeiden.

Beispiele:

- konsequenter Ausbau sogenannter erneuerbarer Energien aber Entflechtung der Energieversorgungsstrukturen (gemeint sind monopolkapitalistische)
- Bürgerinnenkraftwerke – es findet keine Berücksichtigung der Sozialstrukturen statt, sonst würde hinterfragt, wer sich das leisten kann
- Förderung soll ausschließlich für den Ausbau der „erneuerbaren“ Energien erfolgen. Die Konsequenzen für den Netzausbau und die Versorgungssicherheit und die Kosten für den Bürger werden ausgeblendet
- auch wenn der Begriff, „erneuerbare Energien“ im Sprachgebrauch allgemein akzeptiert wird, sollten wir fachlich korrekt von alternativen Energieformen sprechen oder die Energieform benennen: Windenergie, Solarenergie, Bioenergie, Wasserkraft

Der Änderungsvorschlag zielt mit allgemeingültigen Formulierungen auf eine breite Basis für die Entwicklung neuer Formen der Energieversorgung, ohne die gegenwärtig zwingend erforderlichen zu verdammen.

Das Scheitern des Bürgerbegehrens in Brandenburg gegen neue Tagebaue in der Lausitz sollte uns erkennen lassen, dass veröffentlichte Meinung nicht gleich öffentliche Meinung ist. Wenn wir viele Bürger des Landes für den Prozess der Veränderung der Energiewirtschaft gewinnen wollen, dann müssen wir versuchen, auch die Besorgnis und Ängste vor unbezahlbaren Energiepreisen zu berücksichtigen.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____